

Überparteiliche Medienkonferenz «Nein zur Milchkuhinitiative»

17. Mai 2016

Katrin Bernath, GLP

Der offizielle Titel der Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» und die Kampagne der Befürworter wollen den Eindruck erwecken, dass alle profitieren würden. Beim genauen Hinschauen zeigt sich aber, dass der Titel irreführend und die geforderte Finanzierung weder fair noch ausgewogen ist.

So haben sich neben zahlreichen Parteien und Verbänden – von economiesuisse bis zu den Umweltverbänden – auch die Kantone, Städte und Gemeinden klar gegen die Initiative ausgesprochen. Die Konferenz der Kantonsregierungen lehnt die Initiative insbesondere aufgrund der finanzpolitischen Folgen ab. Zudem sehen die Kantone die Gefahr einer Rückverlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Strasse, was insbesondere in den Agglomerationen und Städten zu grossen Problemen führt.

Aus Sicht der Gemeinden und Städte ist die Initiative aus folgenden Gründen abzulehnen:

Markante finanzielle Auswirkungen auf Gemeinden und Städte

Die Initiative will 1.5 Milliarden Franken jährlich aus der allgemeinen Bundeskasse in den Strassenverkehr umverteilen. Die Folge wären drastische Sparmassnahmen in anderen Bereichen, z.B. Bildung, Sicherheit, Landwirtschaft und Umwelt. Dieses Sparprogramm hätte auch für Städte und Gemeinden erhebliche finanzielle Konsequenzen, sowohl über direkte Kostenverlagerungen als auch über indirekte Auswirkungen durch die Mehrbelastung der kantonalen Budgets.

Mehrverkehr und Engpässe in Agglomerationen und Städten

Die zusätzlichen Gelder sollen gemäss den Initianten hauptsächlich für die Nationalstrassen und den Motorfahrzeugverkehr eingesetzt werden. Gleichzeitig müssten aufgrund der Umverteilung der Gelder die Preise im öffentlichen Verkehr steigen. Damit würde der ÖV gegenüber der Strasse weniger attraktiv und der Mehrverkehr würde vor allem in Agglomerationen und Städten zu mehr Stau führen, da dort der Platz für den Ausbau der Verkehrswege beschränkt ist. Für eine funktionierende Mobilität braucht es alle Verkehrsträger; die Milchkuh-Initiative ist zu einseitig und gefährdet die Kooperation von ÖV und motorisiertem Individualverkehr.

Kein Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege

Die Befürworter der Initiative werben mit einem Bild, das grünes Licht für den Bus- und Veloverkehr suggeriert. Mit der Initiative steht aber nicht mehr Geld für Velowege und Busspuren zur Verfügung. Im Gegenteil: Die Mitfinanzierung des Bundes für den Agglomerationsverkehr ist gefährdet. Nur mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung, dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), ist die Finanzierung für eine koordinierte Verkehrspolitik für alle Verkehrsträger langfristig gesichert.

Hauptkosten für drei Viertel des Strassennetzes bleiben bei den Gemeinden und Städten

Die Autofahrenden zahlen nur einen Teil an die Kosten für Kantons- und Gemeindestrassen. Insbesondere der Unterhalt der Gemeindestrassen, die drei Viertel des Schweizer Strassennetzes ausmachen, wird aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt. Dies würde sich auch mit der Annahme der Initiative nicht ändern.

Diese und viele weitere Argumente zeigen, dass die Initiative nicht das hält, was sie verspricht: Anstelle einer fairen Finanzierung des Verkehrssystems schafft sie zahlreiche neue Finanzierungsprobleme. Sie verhindert eine zielorientierte, koordinierte Verkehrspolitik und einen effizienten Einsatz der Mittel für unsere Verkehrsinfrastruktur.